

21.05.2019

## Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Heimat schützen! – Kiesabbau am heimischen Bedarf ausrichten“ (Drs. 17/6242)**

**Mit einer NRW-Rohstoffstrategie Ressourceneffizienz steigern, Planungssicherheit ermöglichen und Umwelt entlasten**

### I. Ausgangslage

Eine gesicherte Versorgung mit Rohstoffen ist für Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW so notwendig wie anspruchsvoll. In Zeiten zunehmender Unsicherheit auf globalen Märkten und einer sich beschleunigenden Transformation vieler Branchen im Zuge von Digitalisierung und Klimawandel verändert sich der Rohstoffbedarf, auch für NRW.

Neue Technologien erfordern seltene Erden, die eine hohe Importquote aufweisen. In einer Studie aus dem Jahr 2015 hat das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) im Auftrag der kfw 13 kritische Rohstoffe ermittelt, die besonders für Zukunftstechnologien wie die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Elektromobilität oder den Umbaus des Energiesystems von strategischer Bedeutung sind und bei denen es höchste Risiken bei der Verfügbarkeit für die deutsche Wirtschaft gibt, z.B. weil die Förderländer politisch extrem instabil sind oder die Abhängigkeit von nur wenigen Ländern mit eigenen geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen besonders hoch ist. Dadurch wird deutlich, wie wichtig die Entwicklung von Ansätzen ist, die die Industrie in NRW unabhängiger von globalen Entwicklungen zu machen und Wertschöpfung vor Ort in NRW zu stärken. Hiesige Vorkommen von Rohstoffen für die Chemie und die Baustoffindustrie spielen in NRW ebenfalls eine große Rolle. Die Bedeutung zirkulärer Wirtschaft nimmt zu und birgt enorme Chancen, den Bedarf an Rohstoffentnahme aus der Biosphäre zu reduzieren und Importquoten zu senken, so z.B. im Baubereich oder bei der Kunststoffherzeugung aber auch bei elektronischen Geräten.

Die Nutzung hiesiger Rohstoffvorkommen wie etwa beim Abbau von Kies am Niederrhein ist mit Nutzungskonflikten und Belastungen für Anwohner und Umwelt verbunden. Hier gilt es, die Interessen der Wirtschaft und letztlich der Verbraucher sowie der unmittelbar vom Rohstoffabbau betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen ausgewogen abzuwägen.

Datum des Originals: 21.05.2019/Ausgegeben: 21.05.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

## **II. Eine Rohstoffstrategie für NRW – Bedarfserhebung transparent und nachvollziehbar gestalten, zirkuläre Wirtschaft stärken und Belastungen begrenzen**

Die beschriebene Veränderungen in der Wirtschaft und Technologie bei der gleichzeitig großen Dichte an Industriebetrieben, nicht zuletzt der großen Bedeutung der etwa auch der Grundstoffindustrie, und der großen Bevölkerungsdichte in NRW machen es dringend erforderlich, eine konsistenten Rohstoffstrategie für NRW zu entwickeln. Diese muss die unterschiedlichen Bedarfe transparent ermitteln und aufzeigen, wie sie gedeckt werden können. Mögliche Wege hierzu sind der heimische Abbau, der Import oder das Recycling sowie Effizienzmaßnahmen, die die benötigten Mengen reduzieren helfen. Künftige Bedarfe schlicht aus dem Abbau der vergangenen Jahre abzuleiten, entsprechende Mengen in die Zukunft fortzuschreiben und damit die Förderung etwa oberflächennaher nicht-energetischer Rohstoffe zu begründen, ist kein nachvollziehbares Verfahren.

Der Vorschlag einer transparenten Bedarfsermittlung, die auch die unterschiedlichen Wege der Deckung oder der Reduzierung dieses Bedarfs mit in den Blick nimmt, sollte in eine alle wesentlichen Rohstoffe umfassende, regelmäßig überprüfte und fortgeschriebene Rohstoffstrategie für das Land NRW münden. Auf dieser Strategie aufbauend lassen sich dann auch die Anforderungen an die Flächennutzung in NRW nachvollziehbar begründen. Der geltende Landesentwicklungsplan hat im Bereich der nicht-energetischen Rohstoffe Festlegungen für die Raumnutzung mit einer ausgewogenen Berücksichtigung der verschiedenen Interessen getroffen. Auf Basis einer umfassenden Rohstoffstrategie könnten die Auswirkungen auf die Raumnutzung in Form eines sachlichen Teilplans „Rohstoffsicherung“ eine sinnvolle Ergänzung des geltenden Landesentwicklungsplans sein. Auf diese Weise kann die Landespolitik Rahmenbedingungen schaffen, um die erheblichen Belastungen für Umwelt und Anwohner in den Abbaugebieten wie etwa beim Kies zu minimieren.

## **III. Der Landtag beschließt**

- Die Landesregierung zu beauftragen, eine NRW-Rohstoffstrategie auszuarbeiten mit dem Ziel die Ressourceneffizienz zu erhöhen, eine transparente und zielorientierte Bedarfsermittlung zu etablieren und geeignete Verfahren und organisatorische Regelungen zu entwickeln, mit denen diese regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben werden kann
- Die von der Landesregierung vorgeschlagenen Änderungen im Landesentwicklungsplan in den Zielen 9.2.2. (Versorgungszeiträume) und Ziel 9.2.3 (Fortschreibung) sowie im 9.2-4 Grundsatz Reservegebiete) im Kapitel 9.2. „Nichtenergetische Rohstoffe“ zurückzunehmen.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Marc Herter  
Frank Sundermann

und Fraktion